

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Motion Aufsichtskommission AK (Kurt Hirsbrunner, BDP/Nicola von Greyerz, SP): PGB – Überprüfung von Kennzahlen, Steuerungsvorgaben und "light"-Dienststellen; Fristverlängerung

Die Motion der Aufsichtskommission AK (Kurt Hirsbrunner, BDP/Nicola von Greyerz, SP vom 15. August 2013 wurde mit SRB 2014-199 vom Stadtrat am 24. April 2014 erheblich erklärt.

Parallel zur Auflösung der vom Stadtrat eingesetzten, nichtständigen Kommission „Umsetzungskommission Neue Stadtverwaltung Bern“ (UK NSB) im Jahr 2007 hat die UK NSB u.a. eine Motion¹ eingereicht, mit welcher der Gemeinderat aufgefordert wurde, den Steuerungsteil des Produktegruppen-Budgets umfassend zu überarbeiten. Gleichzeitig wurde die damalige Budget- und Aufsichtskommission beauftragt, die zum damaligen Zeitpunkt von der UK NSB initiierten und noch nicht abgeschlossenen Geschäfte sowie die Umsetzung der von der KPM im Rahmen der durchgeführten Evaluation Parlaments- und Verwaltungsreform NSB² gemachten Empfehlungen zu überwachen.³

Die Aufsichtskommission ist diesem Auftrag nachgekommen und hat eine Arbeitsgruppe NSB eingesetzt, welche nach zwei durchgeführten Sitzungen die Kommission am 27. August 2012 über den Stand der von der UK NSB überwiesenen und beim Gemeinderat hängigen Vorstösse sowie über die Umsetzung der gemachten Empfehlungen der KPM informiert hat. Dabei wurde festgestellt, dass in der Zwischenzeit die Mehrheit von den siebzehn im vorstehend erwähnten Evaluationsbericht der KPM gemachten Empfehlungen umgesetzt worden sind bzw. dass bei einigen Empfehlungen aus heutiger Sicht kein Handlungsbedarf mehr besteht. Ebenfalls wurde festgestellt, dass die noch nicht umgesetzten Empfehlungen in einem engen Zusammenhang mit der eingangs erwähnten Motion stehen, dass aber das Grundanliegen der Motionäre, namentlich der Auftrag an den Gemeinderat „den Steuerungsteil des Produktegruppen-Budgets umfassend zu überarbeiten, wobei insbesondere die Leistungs- und Wirkungsziele zu unterscheiden und die entsprechenden Indikatoren zu formulieren sind“ wohl auf eine grundsätzliche Neukonzeptionierung hinauslaufen und die in den letzten Jahren gemachten Optimierungen des PGB unberücksichtigt lassen würden. Aus diesem Grund und auch weil die Motion veraltete und teilweise dem Sprachgebrauch der Stadt Bern nicht entsprechende Inhalte aufweist, hat die Aufsichtskommission beschlossen, dem Stadtrat die Abschreibung der UK-NSB-Motion zu beantragen.

Trotz der Abschreibung der genannten Motion sieht die Aufsichtskommission einen gewissen Handlungsbedarf für eine umfassende Überprüfung des Produktegruppenbudgets. In den letzten Jahren haben die Sachkommissionen, die Finanzdelegation und letztendlich auch der Stadtrat im Rahmen der Budgetberatungen immer wieder auf Punkte hingewiesen, welche einer Anpassung bzw. Überprüfung des PGB bzw. der einzelnen Steuerungsvorgaben sowie der Kennzahlen bedürfen. Auch die Einführung immer mehr Dienststellen, welche als Light-Gruppen im PGB

¹ Motion Umsetzungskommission Neue Stadtverwaltung Bern, UK NSB (Liselotte Lüscher, SP/Ueli Hauden-schild, FDP): Steuerungsteil im Produktegruppen-Budget überarbeiten (2007. SR.00099).

² Evaluation der Parlaments- und Verwaltungsreform Neue Stadtverwaltung Bern NSB, Schlussbericht zu Händen des Stadtrats und des Gemeinderats, Ladner, Cemerin, Ritz, sager, KPM-Schriftenreihe Nr.18, Bern 2007

³ Vortrag der UK NSB an den Stadtrat vom 10. Mai 2007 Neue Stadtverwaltung Bern (NSB): Schlussbericht und Auflösung der Umsetzungskommission NSB

aufgeführt werden und entsprechend über keine Steuerungsvorgaben verfügen, wird als störend erachtet.

Dieser von der Aufsichtskommission verfolgte Motionsauftrag unterscheidet sich nicht grundsätzlich vom Motionsauftrag der UK NSB, obwohl ersterer weniger weit geht und nicht nach einer umfassenden Überarbeitung des Steuerungsteils verlangt. Vielmehr sollen einerseits die Kennzahlen und Steuerungsvorgaben gesamthaft aufgelistet, analysiert und mit einer entsprechenden Wertung des Gemeinderats versehen werden, damit in einem zweiten Schritt der Stadtrat aufgrund der gelieferten Daten eine Diskussionsgrundlage hat, um über die Notwendigkeit der entsprechenden Kennzahlen und Steuerungsvorgaben entscheiden zu können. Als dritter Schwerpunkt wird eine Analyse der Dienststellen ohne Steuerungsvorgaben verlangt, worin der Gemeinderat die Notwendigkeit der Einführung solcher Dienststellen darlegen bzw. aufweisen soll, ob eine Umwandlung in eine Dienststelle mit Steuerungsvorgabe nicht sinnvoller erscheint.

Entsprechend dem vorstehend Ausgeführten wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Überprüfung des PGB vorzunehmen:

1. Überprüfung der Kennzahlen (Auflistung/Analyse)

Der Gemeinderat wird verpflichtet, eine gesamthafte Auflistung der Kennzahlen vorzunehmen, diese zu analysieren und mit einer entsprechenden Wertung zu versehen.

2. Überprüfung der Steuerungsvorgaben (Auflistung/Analyse).

Der Gemeinderat wird verpflichtet, eine gesamthafte Auflistung der Steuerungsvorgaben vorzunehmen, diese zu analysieren und mit einer entsprechenden Wertung zu versehen.

Überprüfung der „light“-Dienststellen. Der Gemeinderat wird verpflichtet, alle Dienststellen ohne Steuerungsvorgaben („light“-Dienststellen) daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht in Dienststellen mit Steuerungsvorgaben umgewandelt werden könnten.

Bern, 15. August 2013

Erstunterzeichnende: Nicola von Greyerz, Kurt Hirsbrunner

Bericht des Gemeinderats

Die Anliegen der Motionärinnen und Motionäre werden im Rahmen des Projekts Finanzielle Steuerung und Berichterstattung (FISBE; vormals NSB22) behandelt. Mit dem durch den Gemeinderat lancierten Projekt soll der Umfang, die Struktur, die Verständlichkeit und die Aussagekraft der bestehenden Berichterstattung zum Integriertem Finanz- und Aufgabenplan (IAFP), zum Produktgruppen-Budget und zur Rechnung, die darin enthaltenen Steuerungsvorgaben und Kennzahlen sowie die Erarbeitungs- und Beratungsprozesse (Stadtrat/Gemeinderat/Verwaltung) analysiert und auch mit anderen öffentlichen Haushalten verglichen werden. Mit Schreiben vom 13. Dezember 2018 informierte der Gemeinderat den Stadtrat über diese Überprüfung der Steuerung von Aufgaben und Finanzen der Stadt Bern und das geplante Vorgehen im Rahmen des Projekts NSB22. In einem ersten Schritt wurde das Grobkonzept erarbeitet und dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Anlässlich seiner Sitzung am 17. Oktober 2019 hat dieser dazu mit SRB 2019-509 gewisse Änderungs- und Ergänzungsanträge gutgeheissen und eine neunköpfige Sonderkommission (SoKoNSB22) zur Begleitung des Projekts und zur Überprüfung der stadträtlichen Prozesse und Organisation (Kommissionsstruktur) eingesetzt. Ebenfalls das neue Steuerungsmodell, die weiteren geplanten Projektarbeiten sowie die erstmalige Erarbeitung des neuen AFP (AFP 2024 – 2027 mit Budget 2024) wurden am 3. Juni 2021 mit SRB 2021-228 genehmigt.

Die Arbeiten am neuen Steuerungsmodell und am Detailkonzept wurden abgeschlossen, die Umsetzungs- und Realisierungsphase wurde gestartet. Ab Januar 2023 wird der erste AFP (Aufgaben und Finanzplan 2024 – 2027, mit Budget 2024) gemäss Projektplanung und neuem AFP-Prozess erarbeitet werden. In Abstimmung mit den vorgesehenen Arbeiten im Projekt FISBE beantragt der

Gemeinderat dem Stadtrat eine Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2023 (Ende der Umsetzungsphase des Projekts FISBE).

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Aufsichtskommission AK (Kurt Hirsbrunner, BDP/Nicola von Greyerz, SP): PGB – Überprüfung von Kennzahlen, Steuerungsvorgaben und "light"-Dienststellen; Fristverlängerung
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2023 zu.

Bern, 21. Dezember 2022

Der Gemeinderat